

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 7

Artikel: Deutschland heute
Autor: Neumark, Fritz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-159667>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

eine bessere Moral, als umgekehrt. Zahlen allein und Schwierigkeiten aller Art sind kein Grund dafür, ein *non possumus* auszusprechen und als Abhilfe zu theoretischen Erwägungen zu greifen, die gegen das Feuer der feindlichen Waffen nichts auszurichten vermögen. Denn das Schicksal im Gefecht ist nicht vor allem eine Angelegenheit des Geistes, sondern des Herzens und der Wirkung der eigenen Waffen.

DEUTSCHLAND HEUTE

VON FRITZ NEUMARK

I.

Wer nach Jahresfrist Deutschland wieder betritt, ist aufs stärkste beeindruckt von den tiefgreifenden Wandlungen, die sich dank der *Währungsreform* auf wirtschaftlichem Gebiete vollzogen haben. Selbst viele Deutsche sind geneigt, angesichts dieser Wandlungen — ähnlich wie vor 25 Jahren nach Einführung der Rentenmark — von einem «Wunder» zu sprechen, und in der Tat grenzt der jähe Übergang von einem nahezu vollkommenen Warenmangel zu einer — zumindest relativen — Fülle ans Wunderbare.

Am auffälligsten tritt diese Fülle in den Auslagen der Geschäfte in Erscheinung, in denen nunmehr beinahe alle Dinge wieder zu finden und — nicht mehr gegen Tausch oder im Schwarzhandel, sondern für jedermann zugänglich gegen DM — zu erstehen sind, die zum Teil schon lange vor dem Zusammenbruch verschwunden waren. Daneben konstatiert man etwa mit Befriedigung, daß die unerträglichen und unnatürlichen Zustände, die im Eisenbahnverkehr während der letzten Jahre herrschten, normalen Verhältnissen Raum gemacht haben. Man kann fast in allen Zügen wieder ohne große Schwierigkeiten einen Sitzplatz finden, da der Personenverkehr der Reichsbahn in der Bizone auf etwa ein Viertel des Umfangs zurückgegangen ist, den er im Mai aufwies.

Die wesentliche *Einschränkung des Rationierungssystems* hat zur Folge gehabt, daß Schleich- und Schwarzhandel zwar noch keineswegs völlig verschwunden sind, wohl aber auf zahlreichen Gebieten erheblich an Bedeutung verloren haben und daß, namentlich infolge des Fortfalls des Zwanges, sich Kartoffeln, Gemüse, Obst und ähnliche

Nahrungsmittel zu «organisieren» (wie der Fachausdruck lautet), sich sowohl das Leben der Hausfrau erleichtert als auch der Absentismus der Arbeiter stark verringert hat.

Freilich, es wäre töricht, anzunehmen, daß nun mit einem Schlage alle Wirtschaftsnöte Deutschlands überwunden wären. Die Geldreform hat nur *eine* der notwendigen Voraussetzungen für eine Gesundung geschaffen. Sie bedarf einer Reihe von wichtigen *Ergänzungsmaßnahmen* sowie verschiedener *Sicherungen*, um eine neue Inflation wirksam zu verhindern, und des weiteren harrt bekanntlich der sogenannte «*Lastenausgleich*» — die zweite Etappe der Reform — noch seiner Lösung. Aber wenn auch das letzte Wort über den Erfolg der bisherigen Maßnahmen noch nicht gesprochen ist und es unangebracht wäre, sich einem verfrühten Optimismus hinzugeben, so wäre es doch ebenso falsch, das Erreichte materiell und psychologisch zu unterschätzen. Diese Meinung wird nicht nur von Ausländern, sondern insbesondere auch von Deutschen geteilt, die aus der Ostzone kommen und zu berichten wissen, daß sich dort nichts Wesentliches geändert hat, und mit Erstaunen und schmerzlichem Neid feststellen, welche Fortschritte eine nicht ausschließlich auf kommunistische Demagogie gegründete Wirtschaftspolitik zu realisieren vermag.

Daß die bisherigen Maßnahmen in der Westzone zu erheblichen *sozialen Härten* geführt haben, die sich vermutlich nur zum Teil nachträglich werden mildern lassen, ist freilich unbestreitbar, und ebenso drängt sich die Feststellung auf, daß die amtliche Währungsrelation $1 \text{ DM} = 0,30 \text{ US-cents}$ eine wesentliche *Überbewertung der deutschen Geldeinheit* darstellt. Legt man diese Relation zugrunde, so zeigt sich in der Tat, daß die meisten deutschen Waren viel zu teuer sind, als daß sie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig wären. Dies gilt um so mehr, als in vielen Fällen die *Qualität sehr zu wünschen übrig läßt*, wofür als Beispiele auf Textil- und Lederwaren, Füllfederhalter, Haushaltsgeräte u. dgl. mehr hinzuweisen ist. Andererseits gehören etwa Fotoapparate zu denjenigen Erzeugnissen, die schon heute nach Preis und Güte wieder voll exportfähig sind. Hier vermag die Produktion der auffallend starken Nachfrage — die zum Teil auf illegale «Transferbestrebungen» zurückgehen dürfte — vorläufig nur erst unvollkommen bzw. mit einem mehr oder minder erheblichen «lag» zu entsprechen. Im ganzen gewinnt man jedoch den Eindruck, daß die deutsche Industrie stärkste Anstrengungen machen muß, um sich von den verhängnisvollen Nachwirkungen der «Ersatz»- und Inflationswirtschaftsperiode zu befreien. Erleichtert wird die Lösung dieser Aufgabe dadurch, daß nach allen erhältlichen Informationen die Arbeitsproduktivität in vielen Industriezweigen seit der Geldreform in einem erfreulichen Anstieg begriffen ist, wodurch

auch die in manchen Fällen noch ungünstige Selbstkostenanlage eine weitgehende Besserung erfahren wird.

Die von vielen Reformgegnern vorausgesagte *Deflationskrise* ist bislang nicht in Erscheinung getreten. Die *Arbeitslosigkeit* hat zwar — namentlich in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten — hier und da nicht unerheblich zugenommen, doch dürfte diese Bewegung kaum über das Maß hinausgehen, das durch technische Momente bedingt und im Interesse einer Normalisierung des Wirtschaftsapparates erforderlich ist. Noch weniger kann von einer *allgemeinen Preissenkungstendenz* die Rede sein — im Gegenteil, auf gewissen Gebieten, wie etwa Textil- und Lederwaren, Druckerzeugnissen usw., zeigen sich starke Preisauftriebserscheinungen. Trotzdem ist die Kauflust des Publikums im allgemeinen erstaunlich groß. Zum Teil handelt es sich bei der starken Nachfrage sicherlich um die Befriedigung von «Staubedarf», daneben aber dürfte eine zwar psychologisch verständliche, volkswirtschaftlich jedoch nicht unbedenkliche Neigung mitspielen, nach jahrelangen erzwungenen Entbehrungen die Vorsorge für die Zukunft, will sagen das Sparen, hinter Vergnügungen von mehr oder minder ausgeprägtem Luxuscharakter zurücktreten zu lassen. Es versteht sich, daß zu einem derartigen Verhalten neben der Unsicherheit der politischen Zukunft auch die Art der Durchführung der Währungsreform selbst beigetragen hat. Der Geldumlauf, der sich binnen kurzem durch die Ausschüttung der Restrate von 20 DM — die ganz überwiegend zu sofortiger Entfaltung konsumtiver Nachfrage verwendet werden dürften — noch weiter vergrößern wird, ist jedenfalls nach Umfang und Struktur nicht eben so geartet, daß echte Deflationseffekte zu erwarten wären. Es erscheint vielmehr *dringend erwünscht, daß das Geldvolumen auf längere Zeit hinaus möglichst stabil gehalten wird*, um den erwähnten Preisauftriebstendenzen begegnen und diese auf notwendig gewordene Veränderungen gewisser *relativer* Preise beschränken zu können.

Dagegen ist der viel beachteten Tatsache, daß der DM-Kurs in der Schweiz mit gegenwärtig etwa 0,30 Franken nur gegen ein Viertel dessen beträgt, was sich bei Zugrundelegung des amtlichen Dollarkurses der Deutschen Mark errechnet, keine große Bedeutung beizumessen. Es ist zwar, wie schon hervorgehoben, richtig, daß der Außenwert der neuen deutschen Geldeinheit von den Besatzungsmächten zu hoch angesetzt worden ist, aber ebenso wenig, wie sich auf die Dauer der 30 cents-Kurs aufrechterhalten lassen wird — ein Kurs von 15 oder doch höchstens 20 cents dürfte der tatsächlichen Lage besser entsprechen —, kann man die Zürcher Notierung als zuverlässigen Ausdruck der Kaufkraftparität ansprechen. Handelt es sich doch bei den DM-Beträgen, welche die Grundlage jener Kursnotiz bilden, um relativ unbeachtliche Summen, die aus gewissen «Schwarz-

geschäften» herrühren. Sie besagen kaum etwas für den wirklichen «inneren» Wert der DM, und das gleiche gilt für die überhöhten Preise, die für amerikanische Schokolade und insbesondere Zigaretten immer noch angelegt werden, wobei hinzuzufügen ist, daß der «Schwarzpreis» für letztere gegenwärtig infolge einer unsinnigen Tabaksteuerbelastung *unter* demjenigen liegt, zu dem die gleiche Ware offiziell in deutschen Geschäften zu kaufen ist.

Selbst wenn die aus der überhöhten Festsetzung des Außenwerts der DM sich ergebenden Schwierigkeiten beseitigt wären, würde der deutsche *Export* kaum zu einer normalen Entwicklung gelangen können, solange die gegenwärtige Praxis der Ausfuhrorganisation fortbesteht. Schon heute könnten zweifellos erheblich höhere Mengen bzw. Werte exportiert werden, wenn die Außenhandelsgeschäfte — im Rahmen gewisser Richtlinien und Grundsätze — von deutschen Kaufmannskreisen allein durchgeführt würden. Hat schon allgemein der Bürokratismus die Neigung, gerade auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhr — insbesondere durch die Handhabung der Devisenzwangswirtschaft — ökonomisch irrationale Transaktionen zu begünstigen und (nicht nur einzelwirtschaftlich rentable, sondern auch) gesamtwirtschaftlich nützliche Geschäfte zu unterbinden oder doch erst nach erheblichen Reibungsverlusten zuzulassen, so müssen die Nachteile und Hemmungen begreiflicherweise ins Ungemessene wachsen, sobald die Außenhandelskontrolle den Vertretern von Fremdmächten obliegt, bei deren Entscheidungen sich zwangsläufig Einflüsse ausländischer Interessentengruppen geltend machen. Es scheint, daß namentlich in amerikanischen Kreisen langsam die Einsicht sich durchsetzt, daß die Verwirklichung liberaler Prinzipien, wie sie die USA so laut verkünden, nunmehr auch auf den deutschen Außenhandel zur Anwendung gelangen müssen, und zwar nicht zuletzt im Interesse einer erfolgreichen Durchführung des *Marshall-Plans*. Es genügt nicht, durch großzügige Lieferungen das gewaltige Defizit der deutschen Zahlungsbilanz provisorisch zu «decken», vielmehr gilt es, zugleich die notwendigen materiellen und psychologischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der deutsche Export, dessen entscheidende Bedeutung speziell für den innereuropäischen Handel kürzlich so klar in verschiedenen Denkschriften der U.N.O. herausgearbeitet worden ist, so rasch wie möglich wieder auf das weltwirtschaftlich erforderliche Maß gebracht wird.

In diesem Zusammenhange sei erwähnt, daß manche deutschen Kreise dem Marshall-Plan mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen. Man erkennt die großen Vorteile, die sich in der gegenwärtigen Lage für Deutschland aus den amerikanischen Lieferungen ergeben, nicht, glaubt aber, daß diese lediglich durch das anderweitig nicht auszunutzende übermäßige Produktionspotential der USA be-

gründet und dazu bestimmt sind, letzteren ein dauerndes Sich-Festsetzen auf den europäischen Märkten zu ermöglichen. Diese Auffassung enthält allenfalls eine Teilwahrheit, übersieht sie doch u. a. die politischen Hintergründe der amerikanischen Pläne sowie die Tatsache, daß — zumindest solange der gegenwärtige Boom in den Vereinigten Staaten andauert — die Lieferungen in vielen Fällen ein wirkliches Opfer darstellen. Im übrigen hängt es weitgehend von der Wirtschaftspolitik der europäischen Staaten selbst ab, ob sie in eine dauernde ökonomische — und damit auch politische — Abhängigkeit von Amerika geraten werden oder ob es ihnen gelingt, sich als eine «dritte Macht» zu konstituieren, die dank ihrem wirtschaftlichen und bevölkerungsmäßigen Gewicht in der Lage ist, den Übergang zu einer fruchtbaren Politik des «do ut des» zu erzwingen.

Abschließend und zusammenfassend sei bemerkt, daß, soweit «Westdeutschland» in Frage steht, die Wirtschaftslage sich dank der Währungsreform erheblich gebessert hat. Ob diese Besserung anhält bzw. sich verstärkt, wird nicht nur von der Energieentfaltung der deutschen Unternehmer und Arbeiter abhängen, sondern auch davon, wie weit die alliierten zuständigen Stellen Verständnis für die ökonomischen Notwendigkeiten in bezug auf Demontagen sowie auf Außenhandels- und Finanzpolitik bezeigen werden. Daß die immer noch nicht beendeten *Demontagen* — so namentlich die jüngsten Maßnahmen im französischen Sektor — ein materielles Hemmnis für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und eine schwere psychologische Belastung darstellen, liegt auf der Hand. Hier ist daher eine alsbaldige Schlußlösung unumgänglich. Ebenso aber ist es dringend erforderlich, die im Zusammenhange mit der Währungsreform ergriffenen *Steuerreformmaßnahmen* fortzuführen, will sagen die auch jetzt noch vielfach unerträglich hohen Tarife, so namentlich die der Einkommenssteuer, aber auch gewisser Verbrauchsabgaben, erheblich zu senken. Dabei ist weniger die Höhe der Steuersätze an sich zu beanstanden (obwohl eine Fortsteuerung von Einkommensteilen in Höhe von mehr als 90 % jedenfalls und überall eine «tax on incentive» darstellt, also das genaue Gegenteil dessen, was gerade jetzt nötig wäre), als vielmehr die Art der Steuerprogression, die schon bei mittleren Einkommen 50 % überschreitet.

II.

Im Mittelpunkt aller *politischen Diskussionen* steht begreiflicherweise auch in Deutschland die Frage, in welcher Weise und mit welchen Ergebnissen der sich immer mehr verschärfende *Gegensatz zwischen «West» und «Ost»* zum Austrag gelangen wird. Während

es immerhin möglich ist, hier und da einen (jüngeren) Menschen anzutreffen, der offen zugibt, noch Nationalsozialist zu sein, scheinen die Kommunisten in den Westzonen nahezu vollkommen verschwunden zu sein, und daß diejenigen, die — fast ausnahmslos «schwarz» — zu kürzerem oder längerem Besuch aus Berlin oder der Ostzone nach dem Westen kommen, auf Grund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen nicht eben sowjetfreundlich eingestellt sind, dürfte kaum Wunder nehmen. Die Erlebnisse, von denen solche Besucher zu berichten wissen, sind erschütternd, besonders für den, der die weitgehende Ähnlichkeit mit Geschehnissen erkennt, bei denen noch vor wenigen Jahren Deutsche nicht Leidende, sondern Handelnde waren — eine Ähnlichkeit, deren sich freilich die Erzählenden nur selten bewußt sind, ebenso wenig wie des Kausalzusammenhanges zwischen der immer noch kaum gemilderten, beklemmenden Trümmeratmosphäre der deutschen Städte — nur in Stuttgart vermochte ich wesentliche Fortschritte im Wiederaufbau zu beobachten — und den Handlungen jenes Regimes, das den Krieg entfesselte.

Immerhin: die meisten Frontkämpfer, mit denen ich zu sprechen Gelegenheit hatte, nahmen den Standpunkt ein, daß «der nächste Weltkrieg» nun einmal ohne Deutschland stattfinden sollte. Allerdings lassen Bewohner der Ostzone keinen Zweifel darüber, daß die Bevölkerung der letzteren, falls ihr von den Weststaaten Waffen zur Verfügung gestellt würden, sie «richtig» zu gebrauchen wissen würde.

Daraus ist nicht zu folgern, daß man den westlichen Besatzungsmächten nun allgemein mit Sympathie gegenübersteht. Billigerweise muß zugegeben werden, daß an dieser Haltung der deutschen Bevölkerung gewisse sachlich und psychologisch verfehlte Maßnahmen der Alliierten nicht unschuldig sind. Derartige Maßnahmen, zu denen etwa außer zahlreichen Demontagen die Art der Durchführung von Wohnungsbeschlagnahmungen oder das unsinnige Verbot der Einfuhr ausländischer Bücher und Zeitungen zu rechnen ist, haben bedauerlicherweise bei vielen das Gefühl und Verständnis dafür geschwächt, daß sie sich heute bereits wieder einer recht weitgehenden Freiheit zu erfreuen vermögen, von der gewisse Politiker und Journalisten sogar vielleicht nicht den rechten Gebrauch zu machen verstehen. Wenngleich man häufig die Ansicht trifft, ein alsbaldiger Abzug der Besatzungstruppen sei erwünscht und würde zu einer raschen Besserung der politischen und ökonomischen Verhältnisse führen, so wird doch im Verlaufe eines längeren Gesprächs meist zugegeben, daß die Zeit dafür noch nicht reif sei und daß ein vollkommen sich selbst überlassenes Westdeutschland, auch abgesehen von den aus dem Osten drohenden Gefahren, zunächst einmal in ein förmliches Chaos versinken werde. Im übrigen ist zu bemerken, daß speziell in der britischen, aber auch vielfach in der amerikanischen

Zone seit dem letzten Jahr verschiedene Erleichterungen geschaffen worden sind — ich erwähne beispielsweise die Beseitigung des «compound» um die I.G. in Frankfurt — die, im einzelnen vielleicht wenig bedeutsam, in ihrer Gesamtheit deutlich den Übergang zu einer wünschenswerten, mehr oder minder «unsichtbaren» Besetzung kennzeichnen.

Ein unerfreuliches Kapitel bildet nach wie vor, ja vielleicht mehr denn je, die *Entnazifizierung*. Darüber ist sich alle Welt einig, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Unter den Vorwürfen, die gegen die bisherigen Urteile gerichtet werden, findet sich die anscheinend weitgehend zutreffende Behauptung, daß nach dem Grundsatz: «Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen» gehandelt werde, und daneben wird namentlich die Langsamkeit des Verfahrens kritisiert und betont, es sei wirtschaftlich wie politisch unerträglich, daß jetzt, mehr als drei Jahre nach dem Zusammenbruch, noch immer Tausende von Personen, darunter solche, deren Mitarbeit am Wiederaufbau dringend erwünscht ist, in Untätigkeit und Ungewißheit verharren müßten. Es scheint kein Zweifel darüber zu bestehen, daß zahlreiche Spruchkammern, aus welchen Gründen auch immer, zu schwerfällig und formalistisch gearbeitet haben und daß in vielen Fällen Strafen ausgesprochen wurden, die in keinem richtigen Verhältnis zu dem Vergehen der Betroffenen einerseits, der Bedeutung ihrer sozialen und politischen Stellung andererseits stehen. Gerechterweise muß jedoch zugegeben werden, daß die Schuld daran nicht einseitig bei den Gerichten zu suchen ist, sondern daß schriftliche und mündliche Zeugenaussagen oft ein «richtigeres» Urteil unmöglich machten. Wie dem aber auch sei — es dürfte kaum gelungen sein, nun wirklich und auf die Dauer «echte» Nazis auch nur von den wichtigeren Posten in der Regierung, dem Unterrichtswesen usw. vollkommen fernzuhalten. Wie bedenklich diese Tatsache für die künftige politische Entwicklung Deutschlands ist, braucht kaum näher ausgeführt zu werden.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, denen sich die verantwortlichen Stellen ausgesetzt sehen, mögen am Beispiele der *Hochschulen* kurz angedeutet werden. Hier — wie übrigens oft auch bei Regierungsämtern — herrscht ein derartiger *Mangel an zugleich sachlich qualifizierten und politisch einwandfreien Persönlichkeiten*, daß auch Fakultäten, die sich der Tragweite jeder Berufung unter den gegenwärtigen Verhältnissen voll bewußt sind, sich in einer Zwangslage befinden, aus der es einen befriedigenden Ausweg oft nicht gibt. Gewiß: ausgezeichnete Gelehrte, die auch im «Dritten Reich» Charakterstärke bewiesen, befinden sich noch oder wieder im Amt, doch handelt es sich dabei weitgehend um Persönlichkeiten, die kraft vorgerückten Alters und, im Zusammenhange damit, aus Gesundheitsgründen nicht

in der Lage sind, den großen Anforderungen, die heute an sie gestellt werden, voll zu genügen. Überdies aber haben diese Männer bisweilen den Kontakt mit der Jugend verloren oder noch nicht wieder-gewonnen. Auf der anderen Seite herrscht ein außerordentlich starker Mangel an akademischem Nachwuchs, nicht zuletzt deshalb, weil begabte junge Akademiker, die unter normalen Verhältnissen längst den Weg zur Dozentur oder Professur gefunden hätten, durch den jahrelangen Kriegsdienst der Wissenschaft entfremdet worden sind und überdies durch die Tatsache, daß sie bereits Dreißiger und Familienväter sind, von dem Beschreiten des entsagungsvollen Wegs eines Hochschuldozenten abgehalten werden. Von der weiteren Möglichkeit, ins Ausland emigrierte Professoren zurückzuberufen, ist in nicht wenigen Fällen Gebrauch gemacht worden, doch waren die in dieser Hinsicht gemachten Erfahrungen häufig wenig ermutigend, wobei auf die komplizierten Gründe, die im Einzelfall für Annahme oder Ablehnung einer derartigen Rückberufung maßgebend waren, hier nicht näher eingegangen werden kann. Tatsache ist jedenfalls, daß auf diese Weise die vorhandenen Lücken bislang nur zu einem recht geringen Teil ausgefüllt werden konnten. So sahen sich denn die Hochschulen vor die Wahl, oder sagen wir richtiger: das Dilemma gestellt, entweder jahrelang wichtige Lehrstühle aus Mangel an geeigneten Persönlichkeiten unbesetzt zu lassen, oder aber — häufig erst nach längerem Zögern — solche Kandidaten zu akzeptieren, die als politisch nur leicht «belastet» gelten. Es versteht sich jedoch, daß Professoren, die aus Opportunismus, aus Mangel an politischem Instinkt oder aus welchen Gründen auch immer noch vor wenigen Jahren in Wort und Schrift Grundgedanken des Nationalsozialismus vertreten und verteidigt haben, jetzt aber unter Berufung auf den damals herrschenden Druck ihre angeblich wahre demokratisch-liberale Gesinnung bekunden, keine erfreulichen und aufbauenden Elemente der deutschen Hochschulen bilden und nicht in der Lage sind, den jungen, desorientierten und desillusionierten Studenten, die sehr wohl spüren, wo Überzeugung und Charakterstärke zu ihnen sprechen, einen Begriff von echter Wissenschaft und wahren Idealen zu geben.

Der im Vorstehenden angedeutete und leider, wie es scheint, weitgehend unvermeidliche Mangel ist um so bedauerlicher, als es hinc et nunc darauf ankäme, aber auch möglich wäre, die deutsche akademische Jugend mit einem Geiste zu erfüllen, der im Interesse Deutschlands wie der Welt die Wiederkehr von Katastrophen und Irrungen zu verhüten vermöchte, wie wir sie schaudernd in der jüngsten Vergangenheit erlebt haben und wie sie ja leider in kaum veränderter Form sich heute abermals in vielen Ländern vorbereiten. Ich vermag den häufig anzutreffenden Pessimismus hinsichtlich der Un-

belehrbarkeit der deutschen Jugend nicht zu teilen. Gewiß: viele, allzu viele sind nach wie vor von den ihnen fanatisch eingehämmerten Irrlehren des Nazismus besessen und erblicken in den gegenwärtigen Zuständen speziell Ostdeutschlands infolge ihrer Unfähigkeit, die wahren Zusammenhänge zu durchschauen, nichts denn eine Bestätigung ihrer Ansicht, daß «Hitler recht gehabt» hat. Aber für die Mehrheit der Jüngeren scheint mir doch zu gelten, daß sie, nach dem beispiellosen Zusammenbruch aller ihrer Hoffnungen und Illusionen, einerseits einen gesunden Widerwillen gegen alles Phrasentum empfinden und andererseits innerlich bereit wären, neue Lehren anzunehmen, sofern diese ihnen nur in zugleich nüchtern-sachlicher und glaubhaft-überzeugender Form nahe gebracht würden. Dabei ist stets zu bedenken, daß die Jugend, ohne ihre Schuld, mehr als ein Jahrzehnt bewußt von der Kenntnis und Erkenntnis der wirklichen Verhältnisse ferngehalten worden ist, daß sie noch heute vielfach nur ein Zerrbild von den Zuständen in der «Regimezeit», will sagen in der weit über das berechnete Maß hinaus geschmähten Weimarer Republik besitzt und daß das gegenwärtige politische Leben in Deutschland nicht eben geeignet ist, ihr Respekt vor den Handlungen der Parteien einzuflößen. Trotz allem aber ist diese Jugend grundsätzlich aufnahmebereit, und sie ist in einer Weise lernbegierig und arbeitsam, die einem im Hinblick auf die meist katastrophalen materiellen äußeren Umstände, unter denen sich etwa das akademische Studium abspielt, höchste Achtung abnötigt. Die Mittel und Methoden, mit denen der deutsche Student sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen sucht, sind gewiß nicht immer moralisch und juristisch einwandfrei, und es wird lange dauern, bis in der Studentenschaft — und im Beamtentum — wieder jene strengen Grundsätze zur Anerkennung gelangen werden, die früher in Geltung standen. Aber nur Pharisäer werden die Jugend wegen Handlungen verdammen, die unmittelbare Konsequenz einer von ihr nicht verschuldeten Notlage darstellen.

Was nottut, ist weniger «reeducation», als schlichte Aufklärung und Darlegung der Fakten sowie eine ungeschminkte Analyse der weltpolitischen Entwicklung im Laufe des letzten Menschenalters. Nur so wird es — vielleicht — gelingen, das begreifliche und weitgehend berechnete Mißtrauen zu besiegen, mit dem der junge Deutsche heute zunächst allem begegnet, was an ihn von außen herangetragen wird — insbesondere dann begegnet, wenn man sich in taktlos-überheblichen Belehrungen erschöpft oder wenn alliierte wie deutsche Politiker selbst Handlungen begehen, die zu den von ihnen feierlich proklamierten Grundsätzen in Widerspruch stehen.